



Berliner Kita-Institut
für Qualitätsentwicklung

Berliner Kita-Institut für Qualitätsentwicklung in der INA gGmbH
an der FU Berlin · Erich-Steinfurth-Str. 7 · 10243 Berlin

Herrn Raed Saleh, Fraktionsvorsitzender
SPD-Fraktion
des Abgeordnetenhauses von Berlin
Niederkirchnerstr. 5
10117 Berlin

Berlin, 09.07.2013

Offener Brief zur Kita-Pflicht

**Ihr Gastkommentar „Die Kita muss Pflicht sein“ im Tagesspiegel vom
07. August 2013**

Sehr geehrter Herr Saleh,

als leitende Autorin des „Berliner Bildungsprogramms für die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen bis zu ihrem Schuleintritt“ und Direktorin des Berliner Kita-Instituts für Qualitätsentwicklung habe ich Ihren Kommentar im Tagesspiegel sehr aufmerksam und mit hohem Interesse gelesen.

Ich teile Ihre Besorgnis um die Berliner Kinder und Jugendlichen, die in und vielleicht auch an unserem Bildungssystem scheitern. Ich gebe Ihnen Recht: Fast zehn Prozent der Jugendlichen, die keinen Schulabschluss erreichen – das ist aus den von Ihnen genannten Gründen nicht länger hinnehmbar.

Ich teile auch Ihre Überlegungen zu der Frage, ob und inwieweit Ursachen des Scheiterns einer bestimmten Gruppe von Berliner Kindern bzw. Jugendlichen bereits in der frühen Kindheit liegen. Die Bedeutung der ersten Lebensjahre für erfolgreiche Bildungs- und Erziehungsprozesse ist, wie Sie schreiben, unbestritten.

Gleichzeitig halte ich es für verkürzt, die Ursachen allein in der frühen Kindheit zu suchen, denn damit wird die Verantwortung für die daraus resultierenden politischen Konsequenzen kurzschlüssig auf die Kita- und Familienpolitik fokussiert. Alle wissenschaftlichen Untersuchungen der letzten Dekade zeigen: Der Zusammenhang zwischen messbarem Bildungserfolg und sozialer Herkunft, insbesondere unter Berücksichtigung der sozio-kulturellen Lebenslagen von Einwandererfamilien, verschärft sich im Verlauf der Bildungsbiographien der Kinder. Je älter die Kinder werden, umso weiter öffnet sich die Schere zwischen privilegierten und benachteiligten Kindern und Jugendlichen. Deshalb ist es ebenso wichtig, das allgemeinbildende Schulsystem und die berufliche Bildung in den Blick zu nehmen.

.../2

Dr. Christa Preissing
Direktorin

Tel. +49 (0) 30 25 93 31 20
Fax +49 (0) 30 25 93 31 15
beki@ina-fu.org

www.beki-qualitaet.de

Das BeKi arbeitet im Auftrag der



Senatsverwaltung
für Bildung, Jugend
und Wissenschaft

und ist Teil der



Internationale Akademie (INA)
für innovative Pädagogik,
Psychologie und Ökonomie

Haus L, 5.OG
Malteser Str. 74-100
12249 Berlin

www.ina-fu-berlin.de
e-mail: info@ina-fu.org

Handelsregister:
Amtsgericht Charlottenburg
HRB 60456

USt-IdNr.: DE227525000

Bankverbindung:
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 205 00
Konto-Nr.: 3135201

Ihr Kommentar bezieht sich auf die Kita-Zeit – ich vermute, Sie betonen damit die Bildungs- und Erziehungsprozesse von Kindern ab dem vollendeten dritten Lebensjahr. Anlass war vermutlich u.a. die Veröffentlichung der Daten der letzten Schuleingangsuntersuchungen des aktuellen Jahres. Diese belegen die ausgesprochen **positiven Effekte eines mehrjährigen Kita-Besuchs** auf die Kompetenzentwicklung der Kinder und zwar insbesondere von Kindern aus benachteiligten Familien.

Dies ist ein bedeutender **Erfolg der Berliner Kita-Politik** der letzten zehn Jahre. Nicht zuletzt die Qualitätsvereinbarung zur Arbeit mit dem „Berliner Bildungsprogramm“, das hohe Engagement der Trägerverbände und die ausgezeichnete Kooperation zwischen der zuständigen Senatsverwaltung, den Trägerorganisationen, der organisierten Elternvertretung, den bezirklichen Jugendämtern und der Wissenschaft haben hier zu messbaren positiven Effekten geführt. Berlin ist hier bisher nicht erreichtes Vorbild für alle anderen Bundesländer.

Auch ohne Kita-Pflicht sind durch partizipative und auf Konsens ausgerichtete Prozesse nachweisbar positive Wirkungen erzielt worden.

Eine Kita-Pflicht gefährdet aus meiner Sicht diesen in Berlin so gut eingeführten Prozess der fortschreitenden Verständigung und der Einbindung aller für die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern notwendigen Personengruppen und Institutionen.

Eine Kita-Pflicht zieht notwendig **ordnungspolitische** Maßnahmen nach sich. Diese konterkarieren den mit viel Engagement eingeschlagenen Weg des Auf- und Ausbaus einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Kitas und Familien, wie sie auch im Berliner Bildungsprogramm als verbindliches Ziel definiert ist. Sie haben ja Recht: Es gibt immer Familien, die bisher die für eine solche Partnerschaft erforderliche Eigeninitiative und Bereitschaft zur Zusammenarbeit nicht erbringen. Das wird auch von vielen Fachkräften in den Kitas beklagt.

Es ist jedoch angesichts unserer eigenen und anderer Forschungsergebnisse unzulässig, diesen Misstand alleine den Familien anzulasten. Viel zu selten wird in der öffentlichen Diskussion wie in der Fachdiskussion darüber nachgedacht, warum Familien **Vorbehalte** gegenüber einem (frühen) Kita-Besuch ihrer Kinder haben. Unsere vielen Gespräche mit Eltern, vor allem mit Eltern aus Einwandererfamilien, zeigen: Alle Eltern haben ein hohes Interesse daran, dass ihre Kinder in unserer Gesellschaft gute Zukunftschancen haben. Alle Eltern wissen, dass gute Sprachkompetenzen ihrer Kinder in der deutschen Sprache hierfür eine wesentliche Voraussetzung ist. Die meisten Eltern wollen, dass sie selbst und ihre Kinder einen produktiven Beitrag für die Gesellschaft leisten und dafür anerkannt werden.

Und doch haben einige Eltern mehr oder weniger **berechtigte Befürchtungen**, wenn sie ihre Kinder früh in eine Kita geben. Sie befürchten, dass ihre Kinder in der Kita „entwertet“ werden könnten. Sie fürchten, dass ihre Kinder zu früh „unguten“ Einflüssen ausgesetzt sind, z.B. durch die Begegnung mit sexualisierten Schimpfwörtern. Sie sorgen sich darum, dass ihre Kinder die Familiensprache nicht mehr ausreichend erlernen, wenn sie zu früh in eine rein deutschsprachige Kita gehen. Sie fürchten, dass ihre Kinder von der eigenen Familie entfremdet werden und keine Verbindung mehr zu Familientraditionen und deren kulturellen Geschichte entwickeln können.

Dies kennzeichnet **Barrieren zwischen Familien und Kitas**, die es zu überwinden gilt.

Es ist aus meiner Sicht weit sinnvoller und effektiver, Mittel in die Überwindung solcher Barrieren zu investieren. Die finanziellen Mittel, die die politische, juristische und administrative Umsetzung einer Kita-Pflicht verursachen würden, wären deutlich effektiver eingesetzt, wenn sie für die Abschaffung bzw. Reduzierung solcher Barrieren eingesetzt würden.

Für weitere Diskussionen und detaillierte Informationen stehen wir gerne zur Verfügung

Dr. Christa Preissing